

Bericht zur Herbstsession 2026

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 30.09.2026

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO		Fraktion	6.50
FR		Fraktion	3.00
MO		Fraktion	3.00
MO		Grossrat-Parlament	3.00
DI		Grossrat-Parlament	5.75
MI		Grossrat-Parlament	7.75
DO		Grossrat-Parlament	2.00
MO		Grossrat-Parlament	3.00
DI		Grossrat-Parlament	7.75
MI		Grossrat-Parlament	5.75
DO		Grossrat-Parlament	2.75
		Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)	50.25

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	2	Anzahl Traktanden Verhandlung	82
Anzahl Anträge, Planungserklärung	41	Total Traktanden (inkl. IP)	117
		Anzahl Vereidigungen	0
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	3	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	7
Anzahl Abstimmungen	179	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	159
Anzahl freie Debatte	53	Anzahl Reduzierte Debatten	29
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	22
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	31	In die nächste Session verschoben	0

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	51	36	17+1 AL	15	9	8	5

Total der Sitze: 160

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern

Links	Mitte	Rechts
   	 	 
59 Stimmen	15 Stimmen 9 Stimmen	77 Stimmen

Fraktionssitzungen

Die Donnerstagsfraktionssitzung führten wir im Hotel Krone in Aarberg durch - an einem für die FDP traditionsreichen Ort. Früher fand hier jeweils die erste Fraktionssitzung einer neuen Legislatur statt. Aufgrund eines Eigentümerwechsels und anschliessender Umbauarbeiten stand uns das Lokal längere Zeit nicht zur Verfügung. Umso schöner war es, diese Tradition nun wieder aufleben zu lassen. Das Mittagessen konnten wir bei bestem Wetter auf der Terrasse geniessen und so die Sitzung in angenehmer Atmosphäre ausklingen lassen.

Rücktritt Pauline

Die Nidauer FDP-Grossrätin Pauline Pauli gibt ihre politischen Ämter aus familiären Gründen ab. Die Herbstsession ist ihre letzte als Grossrätin. Auch ihr Amt im Nidauer Stadtrat wird sie nicht weiterführen. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik sei zunehmend schwieriger geworden. Pauli gehört dem Grossen Rat seit 2022 an. Eine spätere Rückkehr in die Politik schliesst sie nicht aus. Ich bedaure die persönliche Entscheidung von Pauline sehr und ich bedanke mich herzlich für die gemeinsame Zeit. Die Nachfolge wird Pascal Bord übernehmen.



Maurice Paronitti ab 1. Oktober 2026 im Grossrat

Als 160. Grossrat kann Maurice Paronitti (Biel) am 1. Oktober sein Amt antreten. Paronitti wurde bei den Gesamterneuerungswahlen von Ende März in den Grossen Rat gewählt. Die ersten beiden Sessionen im Juni und September verpasste er aber, weil er bisher noch Richter am Regionalgericht in Biel war. Denn die Ämter als Richter und als Grossrat sind unvereinbar, wie das kantonale Obergericht nach der Wahl bekräftigt hat. Das ist vor allem deshalb der Fall, weil die Parlamentsmitglieder die Richter und Richterinnen direkt wählen. Mit der Pensionierung Paronittis per Ende September ist der Weg frei für das Mandat im Berner Rathaus.



Fraktionsausflug an den Bielersee

Anfang September führte uns der diesjährige Fraktionsausflug an den Bielersee. Nach der gemeinsamen Carfahrt ab Bern starteten wir mit einem Mittagessen im Restaurant Seeblick in Mörigen. Anschliessend erhielten wir bei einer Führung durch das Wasserkraftwerk Hagneck spannende Einblicke in die Energieproduktion und die Bedeutung der Anlage für die Region. Zum Abschluss ging es ins Weingut Schlössli in Schafis, wo wir den Tag bei einem Apéro und einer Weindegustation in geselliger Atmosphäre ausklingen liessen. Neben dem abwechslungsreichen Programm stand vor allem der persönliche Austausch im Vordergrund. Der Fraktionsausflug bot einmal mehr Gelegenheit, sich abseits des Ratsbetriebs auszutauschen und gemeinsam einen

schönen Tag zu verbringen. Ein herzliches Dankeschön an Karin, Masha, Dänu und Sandra für die Organisation des gelungenen Ausflugs.





Hauptversammlung Fraktion

Die FDP.Die Liberalen Grossratsfraktion ist als eigenständiger Verein organisiert und verfügt über eigene Statuten. Entsprechend führen wir einmal jährlich eine Hauptversammlung mit den notwendigen Wahlen durch. An der diesjährigen Versammlung wurden auch wichtige personelle Weichenstellungen vorgenommen, welche unter anderem meine Nachfolge als Fraktionspräsident sicherstellen sollen.

Verabschiedet haben wir meine beiden langjährigen Vizepräsidenten Sandra Hess und Daniel Arn. Neu wurden Sibylle Plüss und Andreas Wyss von der Fraktion als Vizepräsidenten gewählt. Sibylle Plüss wird im Verlauf des Jahres 2027 auch meine Nachfolge als Fraktionspräsidentin übernehmen. Der genaue Zeitpunkt ist noch offen, voraussichtlich wird der Wechsel im Anschluss an die Frühlingssession erfolgen.

Für mich wird damit nach sieben Jahren in dieser spannenden und vielseitigen Führungsaufgabe der Zeitpunkt kommen, das Zepter weiterzugeben und neuen Kräften Platz zu machen.

Ich gratuliere Sibylle und Andreas herzlich zu ihrer Wahl und freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit in der kommenden Zeit.

Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/herbstsession-2026/sessionsprogramm.html>

Bemerkungen zu einigen ausgewählten Traktanden

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern

Hier eine Zusammenfassung der Entscheidungen im Telegrammstil:

- eine Stellvertretungsmöglichkeit für Ratsmitglieder während der Elternzeit in erster Lesung beschlossen. Er hiess die dafür nötige Verfassungs- und Gesetzesänderung mit 94 zu 56 respektive 97 zu 58 Stimmen gut.
- eine berufliche Vorsorge für Ratsmitglieder in erster Lesung einstimmig beschlossen.

- den Bericht des Regierungsrats über die Gesamterneuerungswahlen vom 29. März einstimmig zur Kenntnis genommen.
- den Jahresbericht 2025 der Interparlamentarischen Kommission für die Kontrolle der Westschweizer Schulvereinbarung einstimmig zur Kenntnis genommen.
- den Jahresbericht 2025 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch einstimmig zur Kenntnis genommen.
- eine Motion die klare Regeln zur Behandlung von Ordnungsanträgen schaffen soll, mit 140 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung als Postulat überwiesen.
- eine Motion von Alt-Grossrat Francesco Rappa (Mitte) mit dem Ziel, nach der Durchführung der ersten Lesung eines Gesetzes auf die zweite Lesung verzichten zu können, mit 95 Ja- zu 53 Nein-Stimmen als Postulat überwiesen.
- einen Zusatzkredit in der Höhe von 6,5 Millionen Franken für die Informatik-Grundversorgung des laufenden Jahres einstimmig genehmigt. Diese Mehrkosten entfallen laut dem Regierungsrat unter anderem auf den Ausbau der Cloud-Nutzung, neue Sicherheitsanforderungen sowie Microsoft-Lizenzen.
- den Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung der Motion «Eindämmung wettbewerbsverzerrender Konkurrenz durch Staatsbetriebe» mit 143 Ja-Stimmen bei sechs Enthaltungen zur Kenntnis genommen. Er setzte der Regierung in diesem Rahmen aber eine Umsetzungsfrist und beauftragte sie damit, die Einhaltung der Wettbewerbsregeln periodisch durch eine unabhängige Stelle überprüfen zu lassen.
- den Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung einer Motion, die neue Modelle zur Ausrichtung des Teuerungsausgleichs forderte, einstimmig zur Kenntnis genommen.
- einen Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung einer Motion, die eine verbesserte Aufsicht und Steuerung in der Informatik forderte, einstimmig zur Kenntnis genommen. Er will aber einen Schritt weiter gehen als die Regierung und gesetzlich verankern, dass das kantonale Amt für Informatik vermehrt konsultiert werden muss.
- das teilrevidierte Spitalversorgungsgesetz mit 149 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet. Es bezweckt, dass der Regierungsrat künftig in Eigenregie Liquiditätshilfen für in finanzielle Not geratene Spitäler beschliessen kann.
- einen Objektkredit in der Höhe von 20 Millionen Franken für die Aktienkapitalerhöhung des Universitären Psychiatrischen Zentrums Bern einstimmig bewilligt.
- eine SP/Juso-Fraktionsmotion, die eine GAV-Pflicht für das Berner Pflegepersonal forderte, mit 94 Nein- zu 53 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.
- einstimmig einen Vorstoss von Andrea de Meuron (Grüne) als Postulat überwiesen: Der Regierungsrat soll sicherstellen, dass die geplante Analyse der geburtshilflichen Versorgung umfassend und unabhängig erfolgt.
- eine Motion von Valentina Achermann (SP), die auf eine Stärkung der Suizidprävention abzielte, als Postulat überwiesen. Der Regierungsrat muss nun einen externen Expertenbericht in Auftrag geben und ein kantonsweites Monitoring von Suiziden und Suizidversuchen prüfen.
- Richterinnen und Richter für diverse Schlichtungsbehörden und Gerichte gewählt.
- eine Richtlinienmotion von Bruno Vanoni (Grüne), der eine Weiterentwicklung der Komplementärmedizin in der stationären Versorgung forderte, mit 143 zu fünf Stimmen bei drei Enthaltungen als Postulat überwiesen. Die Regierung muss nun im Rahmen der Gesamterneuerung der nächsten Spitalisten die Einführung eines Leistungsauftrags für komplementärmedizinische Behandlungen prüfen.
- ein Postulat von Susanne Clauss (SP) abgelehnt, das Mindeststandards für Kooperationsverträge im Gesundheitswesen zum Ziel hatte. Die Forderung, die gesetzliche Aufnahmepflicht von Patientinnen und Patienten nicht durch vertragliche Regelungen zu gefährden, nahm die Ratsmehrheit an und schrieb sie sogleich ab.
- eine Richtlinienmotion von Valentina Achermann (SP) über humanitäre Sonderaufnahmen in Teilen angenommen. Die Regierung muss nun die Rahmenbedingungen für künftige Aufnahmen gemeinsam mit dem Bund vorausschauend klären. Ein kantonales Rahmenkonzept für humanitäre Sonderaufnahmen lehnte der Rat mit 94 zu 57 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

- die Strategie des Regierungsrats für die gemeinsame Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur von Feuerwehr, Zivilschutz und Kantonspolizei mit 150 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zur Kenntnis genommen, aber mit einer Reihe an Auflagen belegt. Die allfällige Ausfallentschädigung für die Gebäudeversicherung bewilligte das Parlament mit 147 zu einer Stimme bei drei Enthaltungen.
- eine Motion von Sandra Schneider (SVP) mit 77 zu 70 Stimmen bei zwei Enthaltungen als Postulat überwiesen. Sie forderte damit, die Kostenpauschale der Stadt Bern für kantonspolizeiliche Leistungen auf 60 Millionen Franken zu verdoppeln.
- ein Postulat von Milena Daphinoff (Mitte) mit dem Ziel von zusätzlichen präventiven Sicherheitsmassnahmen bei Demonstrationen mit 85 zu 64 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen. Einen Härtefonds für demonstrationsgeschädigte Gewerbetreibende lehnte er hingegen mit 88 zu 59 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Zwei weitere Motionen zum Thema zogen die Einreichenden zurück.
- einen Vorstoss von André Roggli (Mitte) überwiesen, der schärfere Massnahmen gegen Fangewalt verlangte. Als Motion nahm der Rat die Forderung nach Schnellverfahren gegen Straftäter an, dies mit 98 zu 49 Stimmen. Weitere Punkte überwies der Rat in der unverbindlicheren Form des Postulats, darunter die Forderung nach flächendeckender Videoüberwachung mit Gesichtserkennung in den Stadien.
- mit 84 zu 63 Stimmen eine Motion von Fabian Zulliger (SVP) bei einer Enthaltung überwiesen, der ebenfalls Schnellverfahren bei Fangewalt verlangte. Die Forderung nach Schaffung einer spezialisierten polizeilichen Einheit zur Einzeltäter-Ermittlung hatte der Motionär im Vorfeld zurückgezogen.
- eine Motion von David Stampfli (SP) mit 44 zu 102 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Der Motionär wollte den Regierungsrat beauftragen, sich gegen die Kollektivstrafen im Kaskadenmodell einzusetzen.
- den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Kauf des Gebäudes «Tavannes Machines», das dereinst zum bernjurassischen Verwaltungszentrum werden soll, mit 125 zu 1 Stimmen zur Kenntnis genommen.
- den Zusatzkredit von rund 37,8 Millionen Franken für die Sanierung und den Ausbau von «Tavannes Machines» mit 145 zu drei Stimmen bei vier Enthaltungen bewilligt. Der Rat kürzte den Kredit aber um 300'000 Franken für die Kunst am Bau und deckelte die Gesamtausgaben auf 99,9 Millionen Franken.
- eine Änderung des Baubewilligungsdekrets einstimmig beschlossen. Damit entfällt künftig die Baubewilligungspflicht für energetische Sanierungen an der Gebäudehülle in ästhetisch wenig empfindlichen Zonen. Für Luftwärmepumpen gilt lediglich eine Meldepflicht, sofern sie nicht zu laut sind.
- einer Konzessionsänderung der Kraftwerke Oberhasli zur Erhöhung der Staumauern am Grimsensee einstimmig zugestimmt. Die Kraftwerke wollen den Wasserspiegel des Stausees um maximal 23 Meter anheben. Die zusätzliche Energie soll im Winter genutzt werden und zur Stabilisierung des Stromnetzes beitragen.
- einen Kantonsbeitrag für den Hochwasserschutz am Brienzer Milibach einstimmig genehmigt. Dieser wird nach dem verheerenden Unwetter vom August 2024 weiter nach Westen verlegt. Der Kanton spricht den Beitrag ausnahmsweise, bevor das konkrete Wasserbauprojekt mit genauen Kosten vorliegt. Dies deshalb, weil die Schwellenkorporation Brienz das Geld dringend braucht, um das Schutzprojekt voranzutreiben und die Gefahr für die Bevölkerung zu mindern.
- einen Verpflichtungskredit für den Neubau des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamts in der Buechlimatt in Münchenbuchsee und die Revitalisierung des Buechlimattbachs gesprochen. Der Rat tat dies mit 142 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen.
- dem Transfer der Amthäuser Meiringen und Erlach und des Schlosses Büren an der Aare zurück ins Verwaltungsvermögen einstimmig zugestimmt. Der Kanton versuchte erfolglos, die Gebäude zu verkaufen, nun will er sie selber weiternutzen. Ein Antrag, den Parkplatzbelag in Meiringen zu entsiegeln, scheiterte.

- einen Verpflichtungskredit von 1,3 Millionen Franken für die Erweiterung der Fahrzeughalle und den Ersatz des Gefahrenstofflagers im Werkhof Lindenallee in Interlaken gesprochen. Der Entscheid fiel einstimmig.
- verschiedene Punkte eines Vorstosses zur Rettung kleiner Seen im Kanton Bern teilweise knapp abgelehnt.
- Ein Postulat überwiesen mit 90 zu 46 Stimmen bei 10 Enthaltungen, das neue, tourismusfreundliche Willkommens- und Ankündigungstafeln an Autobahnen und Schnellstrassen verlangt. Der Kanton will prüfen, wie er ein entsprechendes Konzept anstossen kann.
- Einen drei Punkte umfassenden Vorstoss abgelehnt, der mehr Tempo bei der Einrichtung sicherer und attraktiver Veloverbindungen verlangte.
- Einen Punkt eines Vorstosses angenommen, der eine «Vorsorgefinanzierung» für PFAS-belastete Materialien forderte. Er umfasst die Forderung, dass sich der Regierungsrat beim Bund für eine solche Abgabe einsetzen soll. Die übrigen Forderungen wurden bachab geschickt.
- Einem Vorstoss in verschiedenen Punkten zugestimmt, der vom Regierungsrat verlangte, sich für Nachtzüge nach Barcelona, Rom oder Malmö einzusetzen. Die Forderung, dass der Kanton auch Defizitgarantien prüfen soll, fand hingegen keine Zustimmung.
- Einen Vorstoss mit 86 zu 57 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwiesen, der praxisnähere Baubewilligungsverfahren wollte. Dabei sollte konkreter ausgeführt werden, welche Unterlagen für ein Verfahren einzureichen sind.
- Einen Kantonsbeitrag zur Finanzierung der Feuerwehr-Sonderstützpunkte für Öl/Gas und ABC-Wehr einstimmig gesprochen mit 132 Stimmen.
- Einen Kantonsbeitrag zur Finanzierung der Feuerwehr Sonderstützpunkte für Personenrettung bei Unfällen einstimmig mit 144 Stimmen gesprochen.
- Einen Beitrag an die Gesamtmelioration Bellmund-Ipsach einstimmig angenommen mit 136 Stimmen.
- Einen Vorstoss abgelehnt, der das Gastgewerbe zur Annahme von Bargeld hätte verpflichten wollen. Der Rat sagte mit 47 zu 99 Stimmen bei 5 Enthaltungen Nein.
- Ein Postulat angenommen, wonach der Regierungsrat prüfen soll, wie er den besonders belasteten Tagestourismus-Hotspots helfen kann. Die Einführung einer Tageskurtaxe hält der Regierungsrat allerdings nicht für zielführend. Der Rat überwies die Forderung mit 85 zu 69 Stimmen bei 2 Enthaltungen.
- Einen Vorstoss mit 76 zu 58 Stimmen bei 15 Enthaltungen überwiesen, der die Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für die Abschaffung der Polizeistunde verlangt.
- Einen mehrere Punkte umfassenden Vorstoss abgelehnt, der forderte, dass der Regierungsrat einen Bericht verfasst, wie Produktivitätssteigerungen durch KI- und IT-Tools der Bevölkerung zugute kommen können.
- Einen mehrere Punkte umfassenden Vorstoss abgelehnt, der stärkere Kontrollen der Einhaltung von Arbeitsrechtlichen Bestimmungen bei öffentlichen Aufträgen wollte.
- einstimmig einen Punkt eines Vorstosses überwiesen, der forderte, dass sich der Kanton Bern auf Bundesebene für mehr Gelder einsetzt, um die Liquidität der Bernischen Stiftung für Agrarkredite zu verbessern.
- Einen Vorstoss abgelehnt für ausreichende Ressourcen für Naturschutz und Naturförderung.
- Einen Kantonsbeitrag von insgesamt 373'800 Franken pro Jahr bis 2030 für die Berner Design Stiftung gesprochen. Der Rat sagte einstimmig mit 133 Stimmen ja.
- Einen Kredit von 5,6 Mio. Franken gesprochen für den Aufbau eines Kompetenzzentrums für die digitale Transformation in der Bildung. Der Rat nahm den Kredit einstimmig mit 134 Stimmen an.
- Die Jahresrechnung und den Jahresbericht der Universität Bern einstimmig zur Kenntnis genommen. Zudem überwies der Rat ebenfalls einstimmig eine Forderung, wonach der Rat künftig vor der Beratung der Hochschul-Geschäftsberichte über den Stand der Umsetzung von politischen Anträgen und Vorstössen informiert wird, die die Hochschulen betreffen.

- Die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Berner Fachhochschule einstimmig zur Kenntnis genommen.
- Die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Pädagogischen Hochschule Bern einstimmig zur Kenntnis genommen.
- Einen mehrere Punkte umfassenden Vorstoss für eine kantonale Sensibilisierungs- und Präventionskampagne zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien überweisen. Anders als der Regierungsrat wollte das Parlament die Forderungen nicht als bereits erledigt abschreiben.
- Einen Vorstoss mit 136 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, der vom Kanton verlangt, den obligatorischen Sportunterricht an den Berufsfachschulen konsequent umzusetzen. Der Rat schrieb den Vorstoss nicht, wie von der Regierung vorgeschlagen, als bereits erledigt ab.
- Den ergänzten Bericht zur Weiterentwicklung der Kirchensteuer juristischer Personen mit 117 zu 13 Stimmen bei 15 Enthaltungen genehmigt. Das bisherige Besteuerungssystem soll auf Wunsch des Grossen Rates erhalten bleiben. Das Parlament entschied sich gegen verschiedene Alternativen, von einer Freiwilligkeit der Steuer, über lineare Entlastungen bis zu einer Freigrenze für kleinere und mittlere Unternehmen.
- den Beitritt zur Vereinbarung justitia.swiss einstimmig mit 151 Stimmen genehmigt. Aufgabe der zu gründenden Körperschaft wird sein, die gleichnamige zentrale Kommunikationsplattform justitia.swiss zu betreiben. Diese Plattform wird dazu dienen, in Justizverfahren Dokumente zwischen den Verfahrensbeteiligten elektronisch auszutauschen und die elektronische Akteneinsicht zu ermöglichen.
- einen Vorstoss knapp mit 76 zu 75 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen, der das Vetorecht von Standortgemeinden bei Windkraftprojekten von nationaler Bedeutung im Gesetz verankern will.
- einen drei Punkte umfassenden Vorstoss angenommen, der forderte, die Transparenz und Effizienz von Baubewilligungsverfahren zu erhöhen.
- einen Vorstoss überwiesen und nicht als bereits erledigt abgeschrieben, der vom Regierungsrat unter anderem einen Bericht verlangt, ob die Entwicklungen beim Grundbuchamt Berner Oberland einem parlamentarischen Auftrag entsprechen. Die Motion wurde mit 110 zu 23 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.
- einen Vorstoss einstimmig bei einer Enthaltung überwiesen, der den Regierungsrat mit den nötigen gesetzlichen Änderungen beauftragt, damit auch Gemeinden Unterschriften beglaubigen können.
- einen Vorstoss mit 84 zu 50 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen, der die Regierung beauftragt, negative Erwerbsanreize und Schwelleneffekte in der Alimentenbevorschussung zu minimieren.

Sessionsfazit

Für unsere Fraktion war es insgesamt eine erfolgreiche Session: Von 179 Abstimmungen konnten wir 159 in unserem Sinne entscheiden. Gleichzeitig zeigte sich mehrfach, wie knapp die Mehrheiten im Grossen Rat derzeit sind. Gleich drei Stichentscheide mussten durch die Ratspräsidentin gefällt werden - für eine einzelne Session eine aussergewöhnlich hohe Zahl. Persönlich bedauere ich insbesondere den Entscheid bei der Kirchensteuer für juristische Personen. Mein ursprüngliches Anliegen war klar: Unternehmen sollen selbst entscheiden können, ob und welche Kirche oder Religionsgemeinschaft sie unterstützen wollen. Genau diese Variante der Freiwilligkeit hatte der Grosse Rat in der Frühlingssession nochmals vertieft prüfen lassen. Kanton Bern

In der Herbstsession kam es dann zu einer für mich unglücklichen Ausmarchung. Durch einen Alles-oder-Nichts-Antrag der GLP wurde unsere Lösung der Freiwilligkeit der vollständigen Abschaffung gegenübergestellt. Die Abschaffung setzte sich in dieser Gegenüberstellung zwar durch, fand anschliessend aber keine Mehrheit. Am Ende blieb damit das heutige System bestehen; auch die Variante der Freiwilligkeit wurde verworfen. Der ergänzte Bericht wurde schliesslich mit 117 zu 13 Stimmen bei 15 Enthaltungen genehmigt. Eingefügter Text SWI swissinfo.ch

Für mich ist dieser Entscheid enttäuschend. Er zeigt einmal mehr, dass wirtschaftspolitische Anliegen im Kanton Bern einen schweren Stand haben. Gerade bei der Kirchensteuer hätte sich die Gelegenheit geboten, den Unternehmen mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheit zu geben. Diese Chance wurde leider verpasst.

Trotzdem überwiegt für mich das positive Fazit: Unsere Fraktion konnte sich in einer sehr intensiven und teilweise äusserst knappen Session in einer grossen Mehrheit der Abstimmungen durchsetzen. Die vielen engen Entscheide zeigen aber auch, dass es weiterhin Präsenz, Geschlossenheit und Überzeugungsarbeit braucht.

Ich bedanke mich für das Interesse an unserer Fraktionsarbeit und wir sehen uns in der Wintersession wieder.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch